

**DHH 2010/11 - Vorschläge zur Schließung der Finanzierungslücke von 15 Mio. EUR**

Anlage 1 zur GR Vorlage 038/10

lfd. Nr.	Maßnahme	zuständ. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen
1.	Verschlechterungen durch Haushaltserlass vom 3.12.2009 und Wachstumsbeschleunigungsgesetz		-15.559	35	-5.387	-7.551	-2.656	
2.	bisheriger Finanzmittelüberschuss Ende 2013		475				475	
3.	weitere zwangsläufige Veränderungen		-1.215	-1.050	-55	-55	-55	
31	Höherer Aufwand für Fundtiere an TSV (bisher 19 TEUR). Der Tierschutzverein übernimmt für die Stadt die kommunale Aufgabe der Unterbringung von Fundtieren. Die Vertragsgestaltung und der Kostenrückerersatz wurden zum 1.1.2010 neu gestaltet und den tatsächlich nachgewiesenen Kosten angepasst	FB 9 / 7	-100	-25	-25	-25	-25	
32	Aufgrund der Abrechnung 2009 der Familien- und Vereinsförderung der Musikschule wird erkennbar, dass die bisherigen Ansätze von 60 bzw. 20 TEUR nicht mehr ausreichen. Die Ansätze müssen um 20 bzw. 10 TEUR erhöht werden um auskömmlich zu sein. Eine Beibehaltung wäre nur möglich, wenn die Zugangsvoraussetzungen verschärft würden, was jedoch nicht vorgeschlagen wird.		-120	-30	-30	-30	-30	
33	Mehraufwand Konjunkturpaket - Festhalle Zunsweier (insb. Planungskosten, Innenanstrich und Toilettensanierung) - Festhalle Elgersweier (insb. Planungskosten, Innenanstrich und Toiletten)	FB 5 / 7	-185	-185	0	0	0	Ansätze waren Kostenschätzungen. Begründeter und vertretbarer Mehraufwand Zunsweier = 80 TEUR und in Elgersweier = 140 TEUR. Davon sind 35 TEUR haushaltsneutral - dafür wird die Budgetposition "allg. Planungsmittel" in 2010 entsprechend reduziert.

lfd. Nr.	Maßnahme	zuständ. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen
34	Reduzierung der im Rahmen des BIC getätigten Einsparung von 1,2 Mio.EUR bei der Maßnahme "Konrad-Adenauer-Schule" um 100 TEUR, damit der naturwissenschaftliche Bereich entsprechend dem Standard der übrigen Schulen in OG saniert werden kann - (Ausnahme Schillergymnasium und Windschläg)	FB 5 / 9	-100	-100				Die Maßnahme setzt voraus, dass der Antrag auf Einrichtung einer Werkrealschule in der vorgeschlagenen Form vom Kultusministerium genehmigt wird. Mit einer Entscheidung ist vor Baubeginn zu rechnen.
35	Korrektur Haushaltsansatz für "Sanierung Okengymnasium"	FB 5 / 7	-450	-450				Im NT 2009 waren 2.460 TEUR eingeplant. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2010/11 hat FB 5 eine mögliche Reduzierung des Ansatzes angemeldet (im Zusammenhang mit Vorziehen der Maßnahme AULA), die sich im weiteren Planungsverlauf jedoch als nicht realisierbar ergeben hat. Diese Veränderung hat nichts mit einer Kostensteigerung zu tun sondern ist lediglich eine Korrektur.
36	zusätzlicher Mittelbedarf für Sanierung Okengymnasium		-60	-60				Im Zuge der Bauausführung hat die Baurechtsbehörde die AULA als Versammlungsstätte qualifiziert. Daraus ergab sich die Notwendigkeit des Einbaus einer Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung = + 80 TEUR. Des Weiteren wurden durch Schlechtleistung und nur teilweise Ausführung des Auftrags durch ein Unternehmen (Vollwärmeschutz) ein Mehraufwand von 40 TEUR produziert - ein Rückgriff ist nicht möglich, da das Unternehmen in die Insolvenz gegangen ist. Eine Teildeckung mit 10 TEUR kann durch einen höheren Zuschuss (60 statt 50 TEUR) als geplant erreicht werden. Des Weiteren können 50 TEUR durch sonstige Einsparungen (s. vorstehender Punkt) gedeckt werden. Der echte Mehraufwand beläuft sich demnach noch auf 60 TEUR bzw. 2,4 % der Gesamtkosten.

lfd. Nr.	Maßnahme	zuständ. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen
37	Umbaumaßnahmen Schule Zell-Weierbach zur Werkrealschule		-200	-200				Die ursprünglich auf 1 Mio. EUR geschätzten Kosten müssen im Rahmen der nun vorliegenden Kostenberechnung nach DIN 276 auf 1,2 Mio. EUR korrigiert werden (s. GR Vorlage 027/10 für HA Sitzung am 15.3.2010). Ursächlich hierfür ist insbesondere eine weitere Verschärfung der EnEV (Energieeinsparverordnung) und begleitender Vorschriften zum 1.10.2009, die gerade im Bereich Haustechnik (Heizung, Lüftung) erheblich aufwändigere Lösungen erfordern als zunächst geplant.
<b>4. Finanzierungslücke bis Ende 2013 insgesamt NEU</b>			<b>-16.299</b>	<b>-1.015</b>	<b>-5.442</b>	<b>-7.606</b>	<b>-2.236</b>	
<b>5. Ergebnis 2009</b> (später zuzügl. 170 TEUR Liquiditätsverbesserung aus Verzicht auf St. Sixtus Str.)		FB 7	<b>2.445</b>	<b>5.095</b>	<b>-3.948</b>	<b>0</b>	<b>1.298</b>	Der Jahresabschluss ist noch nicht fertig - hier können sich in den nächsten zwei Monaten noch Veränderungen nach oben oder unten ergeben
51	Gewerbsteuer (netto) und EK-Steuerverbesserung 2009		1.065	3.715	-3.948	0	1.298	Insbesondere durch Gewerbesteuerzugang am 18.12.2009 über 2 Mio. EUR - allerdings wurden hiervon die Hälfte vom Finanzamt zur Zahlung ausgesetzt, da der Steuerschuldner Rechtsmittel eingelegt hat
52	sonstige Verbesserungen		1.380	1.380				höhere Grundstückserlöse und bessere Budgetergebnisse als hoch gerechnet

lfd. Nr.	Maßnahme	zuständ. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen
<b>6. Verkauf Seitenpfaden</b>			<b>5.500</b>			<b>5.500</b>		
<p>Die Gespräche zur Realisierung eines außerordentlichen, vorgezogenen Grundstückserlöses im Bereich Seitenpfaden sind seit der Einbringung des Haushaltes am 14.12.2009 verwaltungsintern unter Einbeziehung des möglichen Entwicklungsträgers und Käufers, der Stadtbau Offenburg GmbH, angelaufen.</p> <p>Es zeichnet sich ab, dass ein Komplettverkauf der Grundstücke an die Stadtbau im Jahre 2012 zu einem (bisher vorläufig und unverbindlich) kalkulierten Preis von 5,5 Mio. € möglich erscheint. Die Stadt ist Eigentümer von ca. 50 % aller Grundstücke, die andere Hälfte befindet sich im Besitz von ca. 20 privaten Eigentümern. Die Planungen zur Entwicklung des Gebiets sollen auf der Basis des verabschiedeten Flächennutzungsplanes unmittelbar nach Verabschiedung des Haushaltes im April beginnen. Erster Schritt wird ein Gespräch mit allen privaten Eigentümern sein. Planungsausschuss, Gemeinderat und der Aussichtsrat der Stadtbau sollen mit dem Projekt im Juli 2010 zum ersten Mal befasst werden.</p> <p>Für die Planerstellung ist eine Mehrfachbeauftragung oder ein beschränkter Wettbewerb geplant, innerhalb derer verschiedene Alternativen zur Besiedlung abgewogen werden können. Das gesamte Projekt soll in enger Abstimmung zwischen dem Fachbereich Hochbau, Planung und Umwelt und der Stadtbau Offenburg als Entwicklungsträger vorangetrieben werden. Dabei ist sowohl auf eine qualitätsvolle Entwicklung zu achten als auch auf Grundstückspreise, die in Offenburg marktgängig sind. Eine zu große Zeitverzögerung ist zu vermeiden, da die späteren Verkaufspreise nur im begrenzten Umfang eine Zinsbelastung vertragen. Ein Vorlauf von zwei Jahren erscheint andererseits auch ausreichend, deshalb wurde der Erlös für 2012 eingeplant.</p>								
<b>7. Kigaentwicklungen</b>			<b>2.636</b>	<b>436</b>	<b>699</b>	<b>727</b>	<b>774</b>	insbesondere Mehrerlöse durch die neue Landesförderung für Orientierungsplan in Kigas (bei bereits weitestgehend eingeplanten Personalkosten hierfür)
<b>8. Investitionshaushalt</b>			<b>2.023</b>	<b>500</b>	<b>105</b>	<b>504</b>	<b>914</b>	
801	14	Kita Bühl - Reduzierung Planungsmittel in 2013	25				25	bisher 100 TEUR - neu 50 TEUR bei Halbierung Zuschuss auf 25, Planungsbeginn 2013 nicht gefährdet.
802	19	Anbindung Holochenweg in Elgersweier - Verschiebung in Stufe II	45	45				
803	25	Ausbau Dorfbach Fessenbach - Verschiebung in Stufe II	40	40				
804	46	Ausbau Gewerbegebiet Waltersweier - weitere Verschiebung des Endausbaus in Stufe II	200			200		

lfd. Nr.	Maßnahme	zuständ. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen
805	52 Radweg Römerstraße Weier - Verschiebung in Stufe II		70			70		Ist im Zusammenhang mit Radwegebau des Kreises entlang der Kreisstraße nach Hesselhurst zu sehen. Da dortige Finanzierung noch nicht sichergestellt, ist Baubeginn erst ab 2014 vertretbar
806	53 Ausbau Hubertusstraße Weier - Verschiebung Stufe II		20			20		
807	62 Ausbau Talweg in Zell-Weierbach - Reduzierung Planungsmittel von 50 auf 30 TEUR		20			20		
808	73 Ausbau St. Sixtus-Str. Zunsweier - Verschiebung in Stufe II. Ein Teil der Verbesserung in Höhe von 170 TEUR ergibt sich bereits 2009, da hier ein Hhaltsrest finanzwirksam aufgelöst werden kann		330	330				Es handelt sich um eine Wohnstraße, in Abwägung zu anderen Entscheidungen ist die Maßnahme angesichts der finanziell engen Situation vertretbar.
809	78 Erweiterung Kita Kunterbunt Zunsweier - Reduzierung Planungsmittel in 2013		25				25	bisher 100 TEUR - neu 50 TEUR bei Halbierung Zuschuss auf 25, Planungsbeginn 2013 nicht gefährdet.
810	82 Ausbau IT-Infrastruktur - Mittelreduzierung		50		50			
811	95 Sanierungsprogramm Nordwest - Verschiebung folgender Maßnahmen in Stufe II		0					
812	Franz-Volk-Park - Verschiebung in Stufe II		48			24	24	Die Bruttoinvestition würde 120 TEUR betragen
813	Franz-Volk-Straße - Verschiebung in Stufe II		90			50	40	Die Bruttoinvestition würde 225 TEUR betragen
814	96 Sanierungsprogramm Mühlbach		0					
815	Kronenstraße - Verschiebung um 1 Jahr, hauptsächlich nach Stufe II		240			40	200	Die Bruttoinvestition von bisher 700 TEUR in Stufe I wird auf 100 TEUR reduziert
816	113 Neubau Unionbrücke - finanztechnische Umschichtungen von netto 500 TEUR nach Stufe II		500				500	
817	119 Sanierung Otto-Hahn-Brücke - Verschiebung der Planungsmittel in Stufe II		50				50	
818	121 Neues Fahrradverleihsystem		55		55			Verkehrsausschuss hat zwischenzeitlich empfohlen das Projekt nicht zu realisieren.
819	147 Ritterhaus - kein Umbau des EG zu einem I-Punkt Kultur		85	85				Die verbleibenden Mittel von 90 TEUR sind für die überfällige Erneuerung der Ausstellung vorgesehen, vgl. Beratung im Kulturausschuss.
820	164 Sanierung Schulsportanlage Konrad-Adenauer-Schule - Verschiebung der Planungsmittel in Stufe II		50				50	
821	168 Multimedia an Schulen - Reduzierung der Mittel		50			50		

lfd. Nr.	Maßnahme	zuständ. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen
822	183 Sanierung Aussenanlagen SFZ Oststadt		30			30		Eine Halbierung der Maßnahme ist machbar, da aus lfd. Mitteln bereits die dringendsten Dinge erledigt werden mussten.
<b>9. Externe Faktoren</b>			<b>2.115</b>	<b>305</b>	<b>270</b>	<b>950</b>	<b>590</b>	
91	Hundesteuererhöhung von 75 auf 100 EUR. Dieser Steuersatz wurde im Zuge der Einführung einer Kampfhundesteuer zuletzt vom GR zum 1.1.2001 bestätigt. Die letzte Erhöhung war zum 1.1.1994, damals auf 150 DM. Die Hundesteuer beträgt im Durchschnitt der Städtegruppe B derzeit 92 EUR. Von 97 Städte haben 19 Städte mehr als 100 EUR und 29 Städte zwischen 90 und 100 EUR	FB 7	120	0	40	40	40	Des Weiteren soll eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden um die Anzahl der nicht angemeldeten Hunde zu reduzieren
92	Ansatzhöhung "Vergnügungssteuer" - Ende 2009 sind zusätzliche Spielhallen angemeldet worden, die im Veranlagungslauf 2010 (Feb. 2010) zu einem deutlichen Zuwachs der Vergnügungssteuer führen. Der bisherige Ansatz von 320.000 EUR kann deshalb auf 440.000 EUR erhöht werden.	FB 7	480	120	120	120	120	
93	Vergnügungssteuererhöhung um rd. 25 % (Ansatz 2010 - 2013 neu = 440 TEUR p.a.)	FB 7	385	55	110	110	110	Erhöhung ist verbunden mit einer generellen Systemumstellung. Aufgrund neuerer Rechtsprechung muss vom bisherigen einfachen Stückzahlmaßstab auf einen umsatzorientierten Maßstab umgestellt werden. Dies wird frühestens zum 1.7.2010 machbar sein - es besteht auch Umstellungsbedarf bei den Automatenaufstellern
94	Ergebnisabführung TBO (in dieser Höhe nur möglich, wenn die <b>Friedhofsgebühren</b> wie vorgeschlagen um 280 TEUR pro Jahr angepasst werden und weitere Konsolidierungsmaßnahmen greifen)	TBO / FB 7	1.130	130	0	680	320	Ergebnisabführung ist im wesentlichen davon abhängig, dass eine angemessene Erhöhung der Friedhofsgebühren erfolgt und die TBO-alt die derzeitigen Verluste des Bauhofs abbauen kann

lfd. Nr.	Maßnahme	zuständ. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen
<b>10. Budgets</b>			<b>1.637</b>	<b>302</b>	<b>426</b>	<b>445</b>	<b>465</b>	
101	1 Temporäre Reduzierung des Beratungsetats im Bereich Stadtentwicklung von 16 auf 10 TEUR (mit der Gefahr von Nachfinanzierungsbedarf)	FB 1.2	24	6	6	6	6	
102	1 Reduzierung des Marketing-Etats für ÖPNV bei TBO um ca. 10 %	FB 1.2	20	5	5	5	5	Der Etat beträgt 77 TEUR, wovon 20 TEUR jedoch lediglich eine Verrechnung mit dem Städt. Haushalt sind - tatsächlich also 57 TEUR. Eine Reduzierung um 7 TEUR würde das Ergebnis der TBO netto (nach Steuern) um ca. 5 TEUR p.a. verbessern und damit die potenzielle Ergebnisabführung an den Haushalt.
103	1 Reduzierung des Ansatzes "Aufwendungen für Werbung" (42715500) im Bereich Wirtschaftsförderung um 12 TEUR pro Jahr ab 2010 für 4 Jahre	FB 1.4	48	12	12	12	12	
104	1 Reduzierung des Ansatzes für Geschäftsbedarf im Bereich Wirtschaftsförderung (44311000) um 1,5 TEUR pro Jahr ab 2010 für 4 Jahre	FB 1.4	6	1,5	1,5	1,5	1,5	
105	1 Reduzierung der Kostenart 4211800 (Miete und Wartung von TK) um 2 TEUR	FB 2	8	2	2	2	2	
106	1 Reduzierung bei der Kostenart 42118100 (Reparatur TK) um 2 TEUR	FB 2	8	2	2	2	2	
107	1 Reduzierung bei Kostenart 44311000 (Geschäftsbedarf) um 0,5 TEUR bei KSt. IT	FB 2	2	0,5	0,5	0,5	0,5	
108	1 Etatansatz für Straßennamenschilder temporär um 2 TEUR p.a. reduzieren	FB 4	8	2	2	2	2	
109	1 Sachaufwand MehrLin, KSt. 42010000, Kart 42790000 kann um 2.500 EUR reduziert werden	FB 4	10	2,5	2,5	2,5	2,5	
110	1 Ansatz für "Zivil- und Katastrophenschutz" KSt. 43010000, Kart 42794200 kann gestrichen werden. Diese Mittel waren bisher für die Unterhaltung des Bunkers bei der Telekom (öffentl. Schutzraum) vorgestehen. Lt. einer Mitteilung des Bundes sollen alle zivilen Schutzräume aufgegeben werden, daher werden bis zur Realisierung keine Ausgaben hierfür mehr getätigt	FB 4	10	2,5	2,5	2,5	2,5	

lfd. Nr.	Maßnahme	zuständ. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen	
111	1	Reduzierung der Ansatzes für Heizungswartung und Reparatur	FB 5	60	15	15	15	15	
112	1	Temporäre Reduzierung des Ansatzes für Planungsgutachten bei 5.1. mit 55 TEUR auf 35 TEUR und Reduzierung allgemeine Planungsmittel bei 5.3. von 50 auf 40 TEUR.	FB 5	90	0	30	30	30	Ansatz der Planungsmittel für B-Pläne mit 60 TEUR bleibt unverändert, steht allerdings zuerst zur Deckung etwaiger Mehrkosten auf den beiden anderen Positionen zur Verfügung.  Reduzierung jedoch erst am 2011, da 2010 hiervon bereits 35 TEUR als Deckungsmittel für üpl im Bereich Konjunkturpaketsmaßnahmen eingesetzt werden.
113	1	Reduzierung der SAP-Lizenzen durch gemeinsame Nutzung von Lizenzen mehrerer "Wenignutzer". Eine Lizenz kostet 252 EUR pro Jahr	FB 7	8	2	2	2	2	Es können nach einer ersten Durchsicht und Abstimmung mit den Nutzern rund 10 Lizenzen eingespart werden
114	1	Korrektur Verwaltungskosten und Zinsumlage GRO ab 2011 (2011 bis 2013 bisher 196 TEUR - nun entsprechend der Prognose im Wiplan 2010 GRO)	FB 7 / 1.4.	91	0	11	30	50	
115	1	Nichtbesetzung von derzeit freien 1,0 Sozialarbeiterstelle	FB 9	184	46	46	46	46	Die Möglichkeit ergibt sich durch einen verbesserten Abschluss mit dem Kreis beim Projekt "Jugendarbeitslosigkeit"
116	1	Nichtbesetzung von 0,5 Stelle für die kommunal zu finanzierenden Betreuungsangebote des Ganztags schulbereichs der Astrid-Lindgren-Schule. Im Rahmen von Verhandlungen des FB 9 wurde diese Aufgabe auf einen den freien Träger Kath. SFZ Mühlbach übertragen und im dortigen Leistungsvertrag berücksichtigt	FB 9	92	23	23	23	23	
117	1	Temporäre Reduzierung der Stellen im Bereich Ausländerwesen von 0,65 auf 0,4 VK bei gleichzeitiger Eingruppierung nach EG 8 statt EG 9. Ab 2014 jedoch wieder reguläre Besetzung	FB 9	60	15	15	15	15	



lfd. Nr.	Maßnahme	zustand. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen
118	1	Zuschuss an Verbände für päd. Fachkräfte (Kostenart: 43189110). Mit den kath. und evang.Kirchen konnte vereinbart werden, dass die dortigen Einsparungen durch neue, jüngere Mitarbeiter und eine Teilzeitbeschäftigung entsprechend an die Stadt weitergegeben werden. Der Zuschuss kann von bisher 40 um 10 TEUR reduziert werden	FB 9	40	10	10	10	
119	1	Schulsekretariate - Aufgrund rückgehender Schülerzahlen müssen die zwei eingeplanten zusätzlichen Planstellen für Schulsekretärinnen nicht voll ausgeschöpft werden. Von den eingeplanten 85 TEUR können 20 TEUR reduziert werden.	FB 9	80	20	20	20	Keine Verschlechterung der vom Gemeinderat beschlossenen Schlüssel.
120	2	Einsparungen bei Stellenausschreibungen durch Reduzierung des Anzeigevolumens und Verweis auf die vollständige Anzeige auf unserer Homepage (bisher durchschnittlich 70 TEUR Aufwand p.a.)	FB 2	120	30	30	30	
121	2	Durch den stadtweiten Wechsel auf eine billigere Papiersorte (Reduzierung des "Weißgrades") könnte eine Einsparung von ca. 10 TEUR p.a. erreicht werden	FB 2	40	10	10	10	
122	2	Straßenbeleuchtung - 3.000 von 8.300 Leuchten können um 50 % reduziert werden. Derzeit geschieht dies zwisch 22 und 5 Uhr. Es wird vorgeschlagen diese Reduzierung auf die ganze Nacht auszuweiten. Nach einem Testlauf z.B. im Wohngebiet Talacker/Bühnle und Gewerbegebiet Waltersweier könnten rund 50 % der 3.000 Lampen entsprechend umgestellt werden - jährl. Stromkosteneinsparung am 2011 ca. 10 TEUR	FB 6	69		23	23	incl. 13 TEUR durch Stromeinsparungen im Rahmen der Beleuchtungserneuerungen Windschlag und Weier (Konjunkturpaket)
123	2	Temporäre Reduzierung Vollstreckungsstelle von 1,0 auf 0,75 ab Oktober 2010, bei Intensivierung Telefoninkasso und insgesamt Verbesserung der Kreativität	FB 7	39	3	12	12	Es muss nach einiger Zeit geprüft werden, ob das bisherige Betreibungs-niveau (Bareinnahmen) von 121 TEUR p.a. (langjähriger Durchschnitt) und die Einnahmen durch Pfändungsgebühren (ca. 16 TEUR p.a.) die einen Teil der PK finanzieren, gehalten werden kann.
124	2	Reduzierung Druckkosten Hhaltspäne u.ä. durch Reduzierung der Exemplare	FB 7	16	4	4	4	

lfd. Nr.	Maßnahme	zuständ. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen
125	2 Ankauf von Bildern für die Kunstsammlung wird für 4 Jahre ausgesetzt	FB 8	28	7	7	7	7	Ansatz von ursprüngl. 10 TEUR wurde in 1. Haltungsrunde bereits um 1/3 auf 7 TEUR gekürzt
126	2 Temporäre Reduzierung des Buchbeschaffungsetats der Stadtbibliothek um ca. 5 %	FB 8	20	5	5	5	5	
127	2 Aussetzen der Binde- und Restaurierungsarbeiten an der Historischen Bibliothek (42718350) für 4 Jahre	FB 8	12	3	3	3	3	
128	3 Neuberechnung der Kostenerstattungen GRO für Sachaufwand und Personal der Geschäftsstelle ab 2011	FB 1.4	45	0	15	15	15	
129	3 Schaffung von 2 zusätzlichen 0,5 Stellen des GVD, die insbesondere in den Abendstunden den ruhenden Verkehr in der Innenstadt und Oststadt kontrollieren, also Bereiche, die dringend besser überwacht werden sollen, derzeit aber wg. fehlendem Personal nicht können. Die Personalkosten von 40 TEUR sollen durch Mehreinnahmen von 55 TEUR p.a. kompensiert werden.	FB 6	45		15	15	15	
130	3 Erhöhung Avalprovision Bürgschaften um 15 %	FB 7	48	12	12	12	12	Geht zulasten der Kreditnehmer, die aus den Bürgschaften aber weiterhin Vorteile ziehen.
131	4 Erhöhung der Gebühren für Handwerkerkarten von derzeit jährlich 40 auf 60 EUR und monatliche Handwerkerkarten von 5 auf 7,50 EUR, Bei insgesamt 300 Karten ergibt dies Mehreinnahmen von 6 TEUR	FB 4	22	4	6	6	6	
132	4 Erhöhung der Baugebühren. Insbesondere die Gebühr für Baugenehmigungen soll von bisher 0,6 % der Baukosten auf 0,7 % angehoben werden = + 17 % - daraus ergeben sich alleine Mehreinnahmen von über 40 TEUR  siehe auch gesonderte Vorlage für HA-Sitzung am 15.3.10	FB 7 / 4	187	37	50	50	50	Im Haushaltsentwurf musste der Ansatz wg. der rückgehenden Bautätigkeit um 100 TEUR reduziert werden. Durch die Gebührenerhöhung wäre zumindest die Hälfte Aufholung möglich. Der Kostendeckungsgrad bleibt allerdings trotzdem unterhalb des bisherigen Niveaus
133	4 Erhöhung der allg. Verwaltungsgebühren für Gutachterausschuss und der speziellen Gebühren für Gutachten  siehe auch gesonderte Vorlage für HA-Sitzung am 15.3.10	FB 7 / 4	16	4	4	4	4	

lfd. Nr.	Maßnahme	zuständ. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen
134	4 Erhöhung der Gebühren für Steuerbescheinigungen im Baurecht  siehe auch gesonderte Vorlage für HA-Sitzung am 15.3.10	FB 7 / 4	4	1	1	1	1	
135	4 Erhöhung der Allg. Verwaltungsgebühren im Meldebereich - insbesondere die Auskunftsgebühr für Melderegisterauskünfte soll um 2,50 EUR auf 10 EUR steigen bzw. erweiterte Auskunft von 10 auf 15 EUR - damit wird volle Kostendeckung erreicht. Kundenkreis sind insbesondere Rechtsanwälte und Versandhäuser (ca. 3.300 Fälle pro Jahr)  siehe auch gesonderte Vorlage für HA-Sitzung am 15.3.10	FB 7 / 9	56	11	15	15	15	
136	4 Erhöhung der Standesamtsgebühren für Kirchenaustritte von 20,50 auf 25 EUR (= volle Kostendeckung)  siehe auch gesonderte Vorlage für HA-Sitzung am 15.3.10	FB 7 / 9	15	3	4	4	4	
137	4 Gebührenerhöhungen im Bereich Ordnungswesen (insbesondere Gaststättenerlaubnis und Sperrzeitverkürzung).  siehe auch gesonderte Vorlage für HA-Sitzung am 15.3.10	FB 7 / 9	0	0	0	0	0	Die Gebührenerhöhungen bringen Einnahmesteigerungen von 25 TEUR. Da jedoch gleichzeitig durch die Sperrzeitverlängerung des Landes Gebühren in gleicher Größenordnung ausfallen, die bisher noch etatisiert sind, ergibt sich keine Haushaltsverbesserung - es wird lediglich eine Verschlechterung vermieden - der HHaltsansatz beträgt realistische 140 TEUR und entspricht dem Kalkulationsergebnis.
138	4 Gebührenerhöhungen im Bereich Waffenrecht (von bisher 6 auf künftig 7,7 TEUR)  siehe auch gesonderte Vorlage für HA-Sitzung am 15.3.10	FB 7 / 9	6	1,2	1,7	1,7	1,7	Für den Gebührenberechnungszeitraum bis 2013 sollen die Gebühren noch auf einer gemeinsamen Linie mit dem Ortenaukreis festgesetzt werden.
	<b>1+2 Budgetreduzierungen, teils mit Leistungseinschränkungen</b>	<b>1.193</b>						
	<b>3 Mehreinnahmen (keine Gebühren)</b>	<b>138</b>						
	<b>4 Gebührenerhöhungen</b>	<b>306</b>						

lfd. Nr.	Maßnahme	zuständ. FB	Gesamt	2010	2011	2012	2013	Bemerkungen
11.	Summen der Verbesserungen		16.356	6.638	-2.448	8.125	4.041	
12.	Saldo incl. Finanzierungslücke		57					